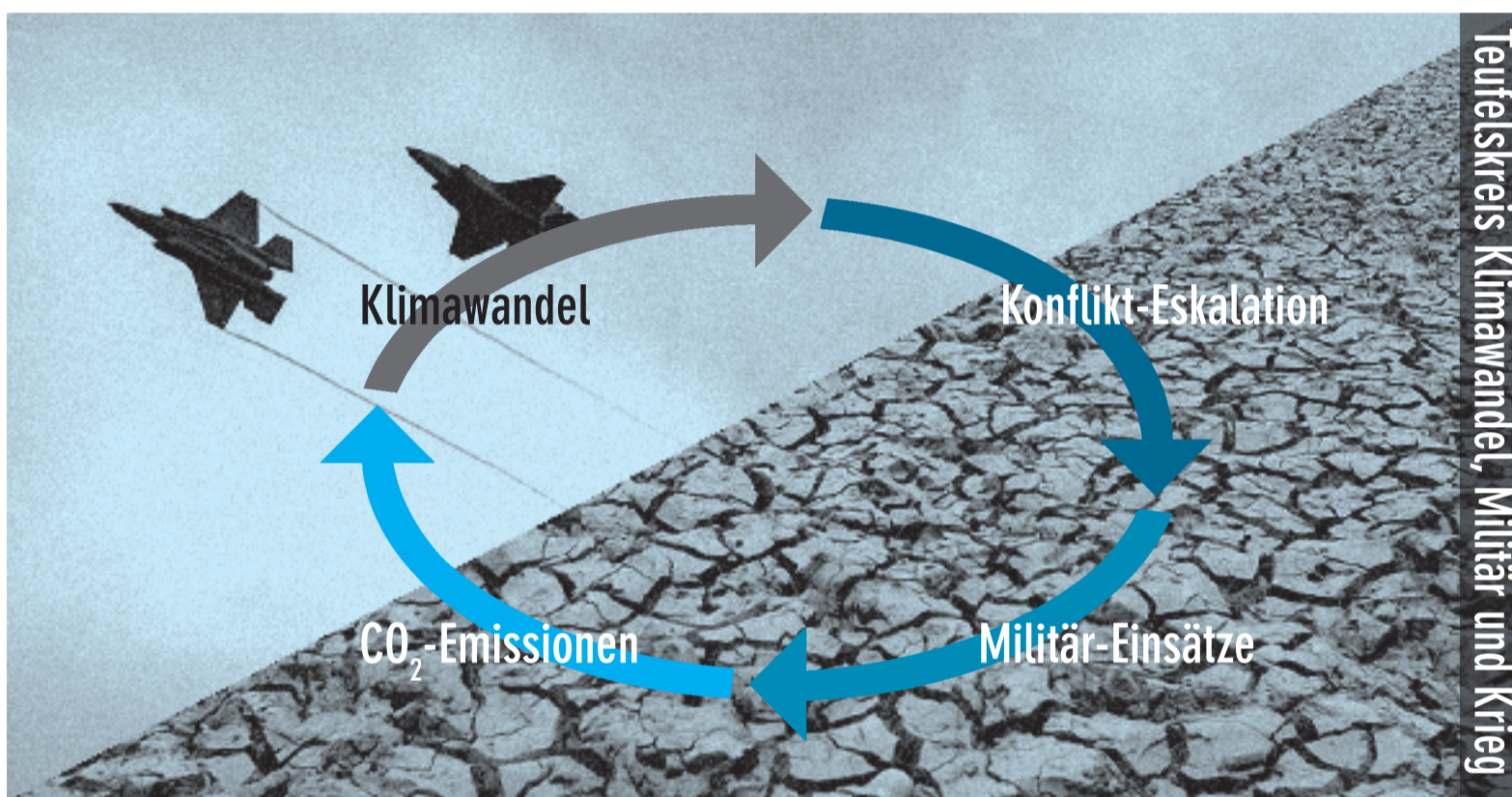


zeitung gegen den krieg

Nr. 53 Frühjahr 2023

Klimakrise und Krieg

Michael Müller · Reiner Braun	Friedensappell	Seite 2
Winfried Wolf	Weltweite Rüstungsindustrie	Seite 4
Interview mit Jürgen Grässlin		Seite 6
Jeffrey Sachs zur Nord Stream-Zerstörung		Seite 7
Reinhard Mey	„Meine Söhne geb ich nicht!“	Seite 8
Sahra Wagenknecht	Aufstand für den Frieden	Seite 8



Michael Müller

Das bereits lässt sich heute schon sagen: Wir leben in einem Jahrzehnt der Extreme, in dem die Friedensbewegung besonders gefordert ist. Nie zuvor seit 1945 lebten wir in einem derart gefährlichen Zeitalter wie heute. Doch in der Öffentlichkeit breitet sich eine neue Militanz aus. Dabei müssen wir alles tun, damit unsere Zeit nicht so schrecklich werden wird wie die 1930/40er Jahre.

Zwei Jahre nach Beginn der weltweiten Corona-Pandemie, durch die sich die sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich und die Bildungschancen verschlechtert haben, begann unter dem Atomschirm Russlands der Angriffskrieg gegen das Brudervolk der Ukraine. Sein Eskalationspunkt ist noch lange nicht erreicht, doch es bauen sich noch größere Herausforderungen auf. Schon Ende dieses Jahres wird die CO₂-Konzentration in der Troposphäre einen Wert erreicht haben, der in den 2030er Jahren zu einer globalen Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius führen wird. Das Erdsystem verliert immer schneller seine Stabilität.

In der Folge werden vor allem ökologisch sensible Erdregionen die Klimakrise mit großer Wucht zu spüren bekommen. Im Pazifik drohen Staaten unterzugehen, die Anpassungsmöglichkeiten großer Küstenregionen wie Bangladesch oder Inselstaaten wie Indonesien sind schon heute an der Grenze. Wetterextreme nehmen zu und gewinnen gewaltig an Intensität. Wir leben in einer Zeit der „Grenzüberschreitungen“, in der vollendete Tatsachen geschaffen werden, die auf uns zukommen werden. Das sind Erschütterungen in der Stabilität des Erdsystems, auf die menschliches Leben unverzichtbar angewiesen ist.

In kurzer Zeit werden erste Kipppunkte erreicht sein, die nicht nur mit unumkehrbaren Veränderungen in den Lebensbedingungen verbunden sind, sondern auch zu erbitterten sozialen und regionalen Verteilungskämp-

fen führen werden. Ökologischen Grenzen der Verträglichkeit werden überschritten auf unserem übervollen, ungleichen und verschmutzten Planeten.

Es riecht nach Krieg, denn noch eine geraume Zeit werden die Auswirkungen der Erderwärmung zeitlich, räumlich und sozial höchst unterschiedlich verteilt sein, vor allem höchst ungerecht. In der Regel werden die Hauptverursacher nicht die Hauptbetroffenen sein. Und während die sich mit ihren finanziellen und technischen Mitteln noch eine Zeitlang schützen können, sind die armen Regionen dazu kaum in der Lage.

Auch die Anpassung an die Klimakrise ist eine Frage des Geldes. So besteht die reale Gefahr, dass der wohlhabende Teil der Menschheit versuchen wird, sich in grünen Oasen des Wohlstands von der unwirtlich werdenden Welt abzuschotten. Die militärische Hochrüstung der reichen Staaten kann auch vor diesem Hintergrund gesehen werden. Es drohen erbitterte Verteilungskämpfe, die in Gewalt umschlagen.

Kriege fallen nicht vom Himmel, sie laden sich über einen längeren Zeitraum auf, verschärfen sich und können einen explosiven Punkt erreichen. Die Erderwärmung ist nicht einfach nur ein Anstieg der Temperatur, sondern hat gewaltige Konsequenzen auf die Existenz der Tier- und Pflanzenwelt, die Ernährungsgrundlagen, den Wasserhaushalt, die Wetterextreme, Dürreperioden, den Monsun, den Tropenwald und die Korallenriffe. Kurz: auf das Leben, so wie wir es kennen. Vor allem Afrika, das für nicht einmal vier Prozent der anthropogenen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist und wo bereits knapp 20 Prozent der Bevölkerung an Hunger und Unterernährung leiden, wird hart von der Klimakrise betroffen sein, der Migrationsdruck gewaltig zunehmen.

Doch noch immer machen wir uns etwas vor, reden von „klimaneutral“ oder vom 1,5 Grad-Pfad. Das ist Betrug oder Selbstbetrug in der Menschheitsfrage Klimakrise. Die erste

Schlacht um den Schutz des Klimas ist bereits verloren, das Kyoto-Protokoll von 1996. Auslöser war die Klimarahmenkonvention des Erdgipfels von 1992 in Rio de Janeiro. Damals hat die Weltgemeinschaft einstimmig festgelegt, die Treibhausgase zu senken, damit die Erdatmosphäre geschützt wird. Es kam zu einem ersten Schutzabkommen, aber schon das war ein erbärmliches Pokerspiel um Macht und kurzfristige Wirtschaftsinteressen. Tatsächlich haben sich seitdem die CO₂-Emissionen verdoppelt.

In Paris 2015 hat die UN-Klimakonferenz beschlossen, die Erwärmung möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Vollmundige Erklärung ohne wirkliche Konsequenz. Wieder kam es nicht zu einer Höchstgrenze pro Kopf, sondern zu freiwilligen Selbstverpflichtungen, die nicht sanktioniert werden können. So wundert es nicht, dass die Welt auf einem Pfad ist, der zu einer Erderwärmung um 3 oder mehr Grad Celsius führen wird. Das Ende kann schneller kommen als in düsteren Prognosen erwartet.

Die Klimakrise hat synergistische Folgen: Sie trifft vor allem arme Schichten und instabile Regionen, sie vergrößert die Armut und verschlechtert die Ernährungslage, sie stellt hohe Anforderungen an das Gesundheitssystem und die Sozialsysteme. Sie stellt die Demokratie vor gewaltige Herausforderungen. Vor allem erhöht sie die Kriegsgefahr, denn immer mehr Menschen sind existenziell bedroht.

Doch mit dem Ukraine-Krieg werden die Weichen falsch gestellt. Statt auf Kooperation und gemeinsame Sicherheit werden sie auf Konfrontation und Ausgrenzung gestellt. Die Militärausgaben sind höher denn je und die Spirale dreht sich immer schneller. Geld, was für die Bekämpfung der Klimakrise und sozialer Ungleichheit schmerzlich fehlt. Es dort einzusetzen, das wäre Friedenspolitik.

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschland

Waffenlieferungen stoppen – Sofortige Verhandlungen!

Jürgen Grässlin

Friedenslogik setzt der Unkultur des Krieges die Kultur des Friedens entgegen. Dazu gehört die umfassende humanitäre Hilfe, die das Überleben der notleidenden Menschen in der Ukraine ermöglicht. Notwendig ist, allen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Russland, Weißrussland und der Ukraine die Flucht und den Aufenthalt im sicheren Ausland zu ermöglichen. Notwendig sind das Stoppen der Eskalationsspirale von Gewalt und Gegengewalt und damit die Vermeidung einer unkontrollierbaren Eskalation bis hin zum Atomkrieg. Und natürlich der Stopp der Waffenlieferungen!

Stattdessen die Anwendung Sozialer Verteidigung mit der Verweigerung jeglicher Unterstützung – von Blockaden bis hin zu Generalstreiks. Friedenslogik setzt sich zum Ziel, dazu beizutragen, dass – ohne jegliche Vorbedingungen – Waffenstillstandsverhandlungen und Friedensverhandlungen eingeleitet werden.

Entscheidend ist, dass Verhandlungen von neutralen Organisationen und Personen herbeigeführt und geleitet werden. Beispielsweise durch den UN-Generalsekretär. Er muss die Kriegsparteien und deren Unterstützer auf neutralem Boden zusammenbringen. Ziel sollte sein, neutrale Zonen zu schaffen und zu überwachen, allen voran im Osten der Ukraine und auf der Krim. Diese müssen über Friedensverträge aller beteiligten Parteien – den UN, der Ukraine und den USA sowie Russland – auf Dauer abgesichert werden. Dabei muss die Frage der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU geklärt werden. Die Mitgliedschaft der Ukraine in die NATO wäre definitiv kontraproduktiv für den dauerhaften Frieden im Osten Europas.

Lasst uns alle aktiv dafür eintreten, dass die Zeitenwende nicht zum Zeitenende wird.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). Siehe Interview mit J. Grässlin Seite 6.

Editorial

Wir rufen alle Aktiven der Friedensbewegung dazu auf, sich an den Ostermärschen zu beteiligen. Wir widersetzen uns der Hochrüstung und der Spirale zur Lieferung von Waffen in die Ukraine. Demonstrationen wie diejenige vom 25. Februar in Berlin sind zu begrüßen – neue Aktivitäten vergleichbarer Art sind notwendig. Bei all dem ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir den Krieg der Kreml-Führung in der Ukraine verurteilen und – eingebettet in einen umfassenden Friedensvertrag – den Rückzug der russischen Armee aus den nach dem 24. Februar 2022 besetzten Gebieten fordern. Die ZgK-Redaktion



Aufruf

Frieden schaffen – gemeinsame

Auf Initiative von Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker, Reiner Braun, Internationales Friedensbüro, Reiner Hoffmann, ehem. DGB-Bundesvorsitzender und Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde, Parl. Staatssekretär a. D. haben über 200 „Freundinnen und Freunde der Entspannungspolitik“ angesichts der kontroversen und teilweise verleumderischen Diskussion den folgenden Aufruf unterzeichnet, der im Kern getragen wird von Menschen aus den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Friedensbewegung, die sich historisch und aktuell einsetzen für die Entspannungspolitik und ihre Grundzüge Dialog, Kooperationen, Verhandlungen, die Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigen, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Sie fordern in dem Aufruf u.a.: „Die Welt darf aber nicht in einen neuen großen Krieg hineinschlittern. Das Wichtigste ist, alles für einen schnellen Waffenstillstand zu tun, den russischen Angriffskrieg zu stoppen und den Weg zu Verhandlungen zu finden.“
Reiner Braun

Mehr als ein Jahr dauert bereits der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Jeder weitere Tag Krieg bedeutet für die betroffenen Menschen mehr Leid und Zerstörung, mehr Verwundete und Tote. Mit jedem Tag wächst die Gefahr der Ausweitung der Kampfhandlungen. Der Schatten eines Atomkrieges liegt über Europa. Aber die Welt darf nicht in einen neuen großen Krieg hineinschlittern. Die Welt braucht Frieden. Das Wichtigste ist, alles für einen schnellen Waffenstillstand zu tun, den russischen Angriffskrieg zu stoppen und den Weg zu Verhandlungen zu finden. Aus dem Krieg ist ein blutiger Stellungskrieg geworden, bei dem es nur Verlierer gibt. Ein großer Teil unserer Bürger und Bürgerinnen will nicht, dass es zu einer Gewaltspirale ohne Ende kommt. Statt der Dominanz des Militärs brauchen wir die Sprache der Diplomatie und des Friedens. Die Friedens- und Entspannungspolitik, die wir

Initiatoren:

Prof. Dr. Peter Brandt Historiker · Reiner Braun Internationales Friedensbüro · Reiner Hoffmann ehem. DGB-Vorsitzender · Michael Müller Bundesvorsitzender der Naturfreunde, Parl. Staatssekretär a. D.

Unterzeichner

Garnet Alps 1. Bevollmächtigte der IG Metall Braunschweig · Dr. Franz Alt Journalist, Schriftsteller und Solarakivist · Erich Bach Dipl. Volkswirt · Carmen Bahlo ehem. Betriebsratsvorsitzende ZF

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Winfried Wolf
Beirat Wird gerade neu gebildet; nähere Informationen in der nächsten ZgK-Ausgabe. **Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Dr. Winfried Wolf. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensrat · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · Papyrossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (ParteiVorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:
von 1 bis 99 Ex = 30 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 20 Cent je Exemplar
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

· Jörg Barczynski ehem. Pressesprecher IG Metall · Angelika Beck Heilpraktikerin · Angelika Beier ehem. Gewerkschaftssekretärin · Anke Beins ehem. GPR-Vorsitzende, Ver.di · Rüdiger Beins ehem. KBR-Vorsitzender, Ver.di · Prof. Dr. Ulrike Beisiegel Ko-Vorsitzende Vereinigung Deutscher Wissenschaftler · Klaus Uwe Benneter Rechtsanwalt, ehem. Bundesgeschäftsführer der SPD · Flavio Benites 1. Bevollmächtigter IG Metall Wolfsburg · Dr. Karin Benz-Overhage ehem. geschäftsführender Vorstand IG Metall · Jochen Berendsohn ehem. Gesamtpersonalratsvorsitzender, ver.di · Josef Bergmann Dipl. Ing., Soziologe · Friedhelm Julius Beucher Präsident Deutscher Behindertensportverband · Prof. Dr. Heinz Bierbaum Wirtschaftswissenschaftler · Dr. Wolfgang Biermann Neue Entspannungspolitik jetzt! · Dr. Detlef Bimboes Dipl. Biologe · Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach Friedensforscherin · Jutta Blankau Senatorin a.D., ehem. Bezirksleiterin IG Metall · Rainer Bliesner ehem. DGB-Landesvorsitzender Baden-Württemberg · Dr. Susanna Böhme-Kuby Germanistin · Christina Böttcher Erzieherin · Manfred Böttcher ehem. Gewerkschaftssekretär ver.di · Norbert-Walter Borjans ehem. SPD-Vorsitzender · Prof. Dr. Ulrich Brand Politikwissenschaftler · Dr. Arno Brandt Ökonom · Prof. Dr. Ulrich Brinkmann Sozialwissenschaftler · Dr. Klaus Brülls ehem. Geschäftsführer DGB-Bildungswerk NRW · Dr. Karl-Heinz Brunner Lehrbeauftragter, ehem. MdB, Abrüstungspolitischer Sprecher · Annelie Buntenbach ehem. Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand DGB · Uwe Christensen ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Nienburg-Stadthagen · Benedikta Christensen Berufsschullehrerin i.R. · Dr. Angelika Claußen Vorsitzende der Ärztereinigung IPPNW · Peter Martin Cox ehem. stellv. Landesbezirksvorsitzender NGG Südwest · Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin Bundesjustizministerin a.D. · Daniela Dahn Schriftstellerin · Dr. Viola Denecke ehem. stellvertretende Landesbezirksleiterin IGBCE · Richard Detje Soziologe · Bärbel Dieckmann, früher stellv. Vorsitzende SPD-Bundesvorsitzende, Präsidentin Welthungerhilfe · Prof. Dr. Jochen Dieckmann Finanzminister NRW a. D. · Martina Dierßen, Gewerkschaftssekretärin Ver.di · Prof. Dr. Klaus Dörre Sozialwissenschaftler · Werner Dreibus ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall · Hasso Düvel, ehem. Bezirksleiter IG Metall Berlin, Brandenburg, Sachsen · Michael Dunst Bildungsreferent Bildungswerk ver.di · Katja Ebstein Sängerin · Hans Eichel Bundesminister a. D. · Michael Erhardt 1. Bevollmächtigter IG Metall · Dr. Petra Erler ehem. Staatssekretärin

in der Regierung de Mazière · Hinrich Feddersen ehem. Bundesvorstand ver.di · Harald Fiedler ehem. DGB-Vorsitzender Frankfurt/Main · Dr. Ute Finckh-Krämer ehem. MdB · Michael Frank ehem. Ver.di Sekretär Hildesheim · Justus Franz Musiker, Pianist · Ulrich Frey Vorstand Martin Niemöller Stiftung · Marianne Friemelt NaturFreunde Hessen · Prof. Dr. Hajo Funke Politikwissenschaftler · Markus Fuß Gewerkschaftssekretär Berlin · Wilfried Gaum Ministerialrat a. D. · Andreas Gehrke ehem. Geschäftsführendes Vorstandmitglied GEW · Horst Gobrecht Gewerkschaftssekretär Ver.di · Stephan Gorol Kulturmanager · Arno Gottschalk MdBü Bremen · Jürgen Grässlin Pädagoge, Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft · Bernd Grimpe Kommunalbeamter a. D. · Ulrich Grober, Schriftsteller, Nachhaltigkeitsforscher · Jürgen Groß Journalist · Edith Großpietsch ehem. Bildungsreferentin IG Metall · Christoph Habermann Staatssekretär a. D., stellvertretender Chef des Bundespräsidialamts a. D. · Andreas Hamm ehem. Gewerkschaftssekretär · Ingo Harms Gewerkschaftssekretär · Gottfried Heil ehem. 2. Bevollmächtigter IG Metall · Prof. Dr. Peter Henicke Energieforscher · Detlef Hensche ehem. Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand und im SPD-Parteivorstand · Dr. Dierk Hirschel Gewerkschaftssekretär Hauptvorstand ver.di · Uwe Hixsch Bundesvorstand NaturFreunde, ehem. MdB · Hans Jürgen Hinzer ehem. Bundesstreikbeauftragter NGG · Dr. Gunter Hofmann Journalist · Dr. Martin Hoffmann Ostexperte · Dieter Hooge ehem. Landesbezirksvorsitzender DGB-Hessen · Alfred Huber Friedensaktivist · Prof. Dr. Hans Joas Soziologe, Sozialphilosoph · Gerhard Jüttner NaturFreunde Württemberg · Wolfgang Jüttner Minister a. D. · Marion Jüttner-Hötter Gesamtschuldirektorin a. D. · Dr. Hans-Peter Kabbalo Betriebsratsvorsitzender, Aufsichtsrats-Mitglied Linde Engineering · Janine Kaiser Bildungsreferentin · Heribert Karch ehem. Gewerkschaftssekretär IG Metall · Susanne Karch · Dr. Margot Käßmann Theologin, ehem. Ratsvorsitzende der EKD · Johannes Katzan Gewerkschaftssekretär IG Metall · Jutta Kausch-Henken Schauspielerin · Yannick Kiesel Friedensbeauftragter der NaturFreunde · Alexander Kirchner ehem. Vorsitzender Eisenbahner Gewerkschaft · Dr. Karl-Heinz Klär ehem.

Büroleiter von Willy Brandt und Staatssekretär; Roland Klapprodt, ehem. Mitarbeiter SPD-PV · Prof. Dr. Dieter Klein Gesellschaftswissenschaftler · Karoline Kleinschmidt 1. Bevollmächtigte IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim · Dr. Heidrun Kletzin Vorstand Organisationsberatung Gruppe 7 eG · Reinhard Klimmt Ministerpräsident und Bundesminister a. D. · Dr. Bernhard Klinghammer Arzt · Dr. Norbert Kluge Gründungsdirektor I.M.U./Hans Böckler Stiftung · Dr. Matthias Kollatz MdB, ehem. Finanzsenator Berlin · Ralf Krämer Gewerkschaftssekretär ver.di · Jutta Krellmann ehem. MdB · Prof. Dr. Rolf Kreibich Zukunftsforscher · Werner Kubitzka ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Salzgitter · Willi Kuhn Betriebsräte-Berater, Kommunalpolitiker · Detlef Kunkel ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Braunschweig · Ina Kunzmann Journalistin · Martin Kunzmann ehem. DGB-Landesvorsitzender · Peter Kurbjuweit ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Hameln · Jürgen Lamprecht ehem. Landesvorsitzender NaturFreunde Hessen · Dr. Rainer Land Umweltökonom · Prof. Dr. Detlef Lehnert Historiker, Politikwissenschaftler · Wolfgang Lemb geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall · Nico Lopopolo DGB-Soziologin · Hartmut Meine ehem. Bezirksleiter IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt · Doris Meißner · Heidi Merk Landesjustizministerin a. D. · Prof. Dr. Reinhard Merkel Rechtsphilosoph · Prof. Dr. Wolfgang Merkel Politikwissenschaftler, Demokratieforscher · Rainer Metke ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Halberstadt · Prof. Dr. Thomas Meyer Journalist, Philosoph · Prof. Dr. Gerd Michelsen Nachhaltigkeitsforscher i.R. · Dr. Hans Mischelwitz ehem. Leiter der DDR-Delegation bei den 2-plus-4 Verhandlungen · Prof. Dr. Klaus Mögling Politikwissenschaftler, Soziologe · Franz-Josef Möllenberg ehem. Vorsitzender NGG · Jochen Nagel ehem. Landesvorsitzender der GEW Hessen · Julia Neigel Sängerin · Mathias Neumann 2. Bevollmächtigter der IG Metall Alfeld-Hameln-Hildesheim · Franz Neundorf Diplom Psychologe, ehem. Gewerkschaftssekretär IG Metall · Dr. Joachim Nibbe Umweltökonom · Lars Niggemeyer Gewerkschaftssekretär

Hannover · Jürgen Offermann gewerkschaftl. Bildungsreferent NRW · Hans-Joachim Olczyk Friedensforum Delmenhorst · Beenhart Oldigs historische Kommission der SPD-Bremen · Dennis Olsen Gewerkschaftssekretär IG Metall Hannover · Willi van Ooyen Sprecher Friedensratschlag · Pia Pachauer ehem. 2. Bevollmächtigte IG Metall Hannover · Heidi Pape ehem. Betriebsrätin, Senioren-Vorstand IG Metall Hannover · Klaus Pape ehem. Leiter Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften · Harald Peschken Bundesvorstand NaturFreunde · Jürgen Peters ehem. 1. Vorsitzender der IG Metall · Bernhard Pfitzner ehem. Präsidium ver.di-Bundesfachbereich TK/IT · Klaus Pickshaus ehem. Gewerkschaftssekretär IG Metall · Alfons Pieper Journalist · Michael Pöllath, ehrenamtl. DGB-Vorsitzender Ortsverband Barsinghausen · Dr. Lars Pohlmeier Vorsitzender der Internationalen Ärztereinigung IPPNW · Frank Raabe-Lindemann Gewerkschaftssekretär IG Metall · Prof. Dr. Joachim Radkau Historiker · Wolfgang Räsche ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Salzgitter-Peine · Charima Reinhardt Journalistin · Anne Rieger ehem. Bevollmächtigte IG Metall Waiblingen · Wiltrud Rösch-Metzler Journalistin, Pax Christi · Jenspeter Rosenfeldt ehem. MdBü Hamburg · Witich Roßmann DGB-Vorsitzender Köln · Prof. Dr. Werner Ruf Friedensforscher · Christine Salzwedel March/Breisgau · Martin Salzwedel March/Breisgau · Helmut Schäfer Staatsminister im Auswärtigen Amt a. D. · Jens Schäfer Betriebsratsvorsitzender ZF WABCO · Dr. Klaus-Jürgen Scherer Politikwissenschaftler, Redakteur · Prof. Dr. Jürgen Scheffran Leiter Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit · Dr. Carsten Sieling Präsident des Senats und Bürgermeister a. D. Bremen · Michaela Schiessl ehem. SPIEGEL-Reporterin · Dr. h. c. Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister a. D. Hannover · Regina Schmidt-Kühner Bundesvorstand NaturFreunde, ehem. MdL · Horst Schmitthenner ehem. geschäftsführender Vorstand IG Metall · Hannelore Schmitthenner-Bopp technische Angestellte · Hubertus Scholdt ehem. Vorsitzender IG BCE · Stephan Soldanski 1. Bevollmächtigter der IG Metall Osnabrück · Dieter Scholz ehem. DGB-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg · Dr. Michael von der Schulenburg Diplomat bei der OSZE · Elke Schulte-Meine Gewerkschaftssekretärin IG Metall · Wolfgang Schulz ehem. 1.

Waffenstillstand und Sicherheit jetzt!

die deutsche Einheit und die Überwindung der europäischen Spaltung verdanken, ist nicht überholt. Wir haben uns in der Vergangenheit für ihre Ziele eingesetzt und tun das auch heute. Um es mit Willy Brandt zu sagen: „Es gilt sich gegen den Strom zu stellen, wenn dieser wieder einmal ein falsches Bett zu graben versucht.“

Die Vereinten Nationen haben mit dem Konzept der gemeinsamen Sicherheit den Weg in eine friedliche Welt aufgezeigt. Es hat seine Wurzeln in der deutschen Friedens- und Entspannungspolitik. In diesem Geist kam es zur Schlussakte von Helsinki und zur Charta von Paris für ein neues Europa. Daran knüpfen wir an. Frieden kann nur auf der Grundlage des Völkerrechts und auch nur mit Russland geschaffen werden.

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, nur so sind die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Entscheidend ist es, die Eskalation des Krieges zu stoppen. Wir ermutigen den Bundeskanzler, zusammen mit Frankreich insbesondere Brasilien, China, Indien und Indonesien für eine Vermittlung zu gewinnen, um schnell einen Waffenstillstand zu erreichen. Das wäre ein notwendiger Schritt, um das Töten zu beenden und Friedensmöglichkeiten auszuloten. Nur dann kann der Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa geebnet werden.

Bevollmächtigter IG Metall Wolfsburg · Dirk Schulze 1. Bevollmächtigter IG Metall Hannover · Tilmann Schwenke Bundesvorstand NaturFreunde · Petra Schwermann Pfarrerin · Ursula Schwippert Betriebsratsvorsitzende, Mitglied IG BCE · Helga Schwitzer ehem. geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall · Reinhard Schwitzer ehem. 1. Bevollmächtigter IG Metall Hannover · Prof. Dr. Franz Segbers Theologe, Sozialwissenschaftler · Prof. Dr. Udo Simonis Umweltwissenschaftler · Ewald Slink Unternehmer · Michael Sommer ehem. DGB-Bundesvorsitzender · Jörg Sommer Vorsitzender der Deutschen Umweltstiftung · Klaus-Theo Sonnen-Aures ehem. GBR-Vorsitzender DB-System · Dr. Joachim Spangenberg Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats BUND · Dr. Hans-Christoph von Sponeck UN-Diplomat · Malte Stahlhut 2. Bevollmächtigter IG Metall Braunschweig · Eva Stassek ehem. 1. Bevollmächtigte IG Metall Braunschweig · Dr. Uwe Stehr ehem. Abrüstungsreferent von Egon Bahr · Franz Steinkühler ehem. 1. Vorsitzender der IG Metall · Margareta Steinrücke Soziologin,

Ortsfrauenrat Bremen · Dr. Gabriele Sterkel Gewerkschaftssekretärin ver.di · Prof. Dr. Ute Stoltenberg Nachhaltigkeitswissenschaftlerin i.R. · Prof. Dr. Johano Strasser Politologe, ehem. Generalsekretär des PEN-Zentrums Deutschland · Maritta Strasser Bundesgeschäftsführerin der NaturFreunde; Prof. Dr. Wolfgang Streeck Politikwissenschaftler, Soziologe · Marlis Tepe ehem. Vorsitzende der GEW · Dr. Wolfgang Thierse Bundestagspräsident a.D. · Dr. Hans Jürgen Urban geschäftl. Vorstandsmitglied der IG Metall · Günter Verheugen ehem. Vizepräsident der EU-Kommission · Jürgen Voges Journalist · Walter Vogt ehem. Vorstandsmitglied IG Metall · Dr. Antje Vollmer Theologin, ehem. Vizepräsidentin Deutscher Bundestag · Dr. Fritz Vorholz Journalist · Marita Vornbäumen Gesellschafterin JGW Vornbäumen · Dr. Hilde Wagner Soziologin, ehem. Gewerkschaftssekretärin IG Metall · Hugo Waschkeit Gewerkschaftssekretär Ver.di · Herbert Weber Gewerkschaftssekretär; Konstantin Wecker Liedermacher · Edgar Weick Rentner · Prof. Dr. Hubert Weiger Ehrenpräsident des BUND

· Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker Umweltwissenschaftler, ehem. Präsident des Wuppertal-Instituts · Clara Wengert stellvert. Bundesvorsitzende NaturFreunde · Detlef Wetzel ehem. 1. Vorsitzender IG Metall · Matthias Wilhelm 1. Bevollmächtigter IG Metall Salzgitter-Peine · Heinz-H. Witte ehem. DGB-Landesvorsitzender Niedersachsen/ Bremen · Wolfgang Wiemer ehem. Büroleiter beim SPD-Parteivorstand und bei der SPD-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter des Deutschen Bundestages · Klaus Wiesehügel ehem. Vorsitzender IG BAU · Manfred Wittmeier Sprecher NaturFreunde Hessen · Matthias Woisin Präsidium AWO-Hamburg · Prof. Dr. Rolf Wortmann Politikwissenschaftler · Andrea Ypsilanti Soziologin, ehem. Vorsitzende der SPD-Hessen · Burkhard Zimmermann Pädagoge · Dirk Zöllner Sänger · Dr. Christoph Zöpel ehem. Landesminister NRW, Staatsminister im Auswärtigen Amt · Klaus Zwickel, ehem. 1. Vorsitzender IG Metall

Kontakt hr.braun@gmx.net



Aufraffen – Friedensklima schaffen

Daniela Dahn

Eine Zivilisation verdient diesen Namen nur, wenn sie in der Lage ist, Konflikte zivil zu lösen.

Frieden schaffen ohne Waffen – das Motto der Friedensbewegung ist Jahrzehnte alt, muss derzeit aber militanter Weltsicht weichen. Die Grenzen des Wachstums – sie sind ebenfalls seit Jahrzehnten bewusst, aber bisher nicht bewusst genug, unser Leben grundlegend zu verändern.

Für die Bündelung von Kraftanstrengungen für eine friedliche Welt wäre es wichtig, wenn die Friedens- und Umweltbewegungen in ihren Aktionen zusammenfänden. Denn beide Konflikte gehören existentiell zusammen. Der ökologische Umbau kann nicht ausgesetzt werden, um in einem verheerenden Abnutzungskrieg gegen Mensch und Natur auf Sieg zu hoffen. Schon in Friedenszeiten verursacht das Militär laut SIPRI ein Viertel der weltweiten Umweltverschmutzung. Es ist damit der größte institutionelle Verbraucher fossiler Brennstoffe. Doch die Staaten, als wären sie unbelehrbar, gaben schon bisher sechs Mal weniger für Klimaschutz aus als fürs Kriegswesen.

Welche Verheerungen der Ukraine-Krieg und die damit einhergehende, weltweite Aufrüstung für das Klima bedeuten werden, ist noch gar nicht abzusehen. Was nutzt erneuerbare Energie, wenn sie für die energieverschlingende und CO₂-speiende Militärmaschinerie verschwendet wird, also für den größten Klima- und Menschen-Killer weltweit? Grüne Bomben? Erlrochenes Leben ist nicht erneuerbar.

Die bewundernswert Kampftentschlossenen von den Ökologie-Bewegungen kämpfen zurecht vehement für eine Verkehrswende. Sie müssen sich dennoch fragen lassen, weshalb sie es hinnehmen, dass das Militär für seinen ökologischen Fußabdruck weltweit niemandem rechen-schaftspflichtig ist. Die Studie der NGO *Oil Change International* etwa, die ergeben hat, dass der Kerosinverbrauch von vier Jahren Irakkrieg so hoch war wie der Jahresverbrauch von 25 Millionen Autos, ist nicht ihr Thema.

Die Kräfte werden wachsen, wenn die Friedensbewegten ökologischer denken, und die Umweltbewegten ziviler. Damit die last generation nicht tatsächlich die letzte wird, ist es nötig, die Kräfte zusammen zu führen.

Und wenn man uns holt?

Ulrich Sander

Pastor Martin Niemöller (1892 - 1984) ging uns in der Friedens- und Antifa-Bewegung voran. In Erinnerung geblieben ist er vielen sicherlich durch seine Worte: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Ich hätte nie gedacht, dass man in der Friedensbewegung einmal mahnend an diese Worte erinnern muss. Wir haben die verheerende Strafrechtsänderung, die Ende 2022 klammheimlich im Bundestag beschlossen wurde. Wir sprachen über die Meinungsfreiheit, die bedroht ist. Und da kamen einigen Freunden Bedenken: Sollen wir protestieren, wenn einem der Saal verweigert wird, weil über die Frage diskutiert werden soll „Wie kam es zum Ukrainekrieg?“. Sollen wir Solidarität üben mit einem, der verurteilt wurde, weil er die Meinung der überwiegen-den Mehrheit der russischen Bevölkerung zum Ukrainekrieg teilt? Wie ist es mit denen, die wir als „nach rechts offen“ ansehen, weil sie damit angeblich mehr Menschen zu den Friedensaktionen holen möchten? Ich verurteile dies „nach rechts offen“ entschieden und folge dieser Forderung keinesfalls. Aber Solidaritätsverweigerung – Schluss aus? Denunziation – Punkt?

Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer werden wegen ihrer heftigen Kritik an dem „Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland“ von den Mainstream-Medien bis zum Kanzler hasserfüllt angegriffen. Und da gibt es Linke, die in diesen Chor einstimmen.

Wir lehnen es entschieden ab, wenn uns Rechtsaußenfreunde als Partner aufgezwungen werden sollen. Querfront hilft nur den Rechten. Aber wir verurteilen auch die Versuche der Herrschenden, uns zu spalten und uns zur Solidaritätsverweigerung zu zwingen. Wenn man uns holt, wer wird dann protestieren?

+++ aktiv gegen krieg +++

Ukraine und Palästina: keine Doppelstandards

„Um den russischen Kolonialismus wirklich zu verurteilen, sollte man die Ukraine in eine Reihe mit anderen neokolonialen Fällen stellen, insbesondere mit dem, was Israel den Palästinensern im Westjordanland antut“, schrieb der Philosoph Slavoj Zizek am 4. März in der *Berliner Zeitung*.

Israel ist Besatzungsmacht, bestätigte der Europäische Gerichtshof. Dass die EU den Handel mit den völkerrechtswidrigen Siedlungen zulässt, wird von vielen als Doppelstandard eingestuft. Das neueste Beispiel: Der Internationale Strafgerichtshof hat Haftbefehle gegen zwei Russen ausgestellt wegen des Kriegsverbrechens der rechtswidrigen Verbringung von Kindern aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation. „Military Court Watch“, eine NGO in Ramallah, die sich für palästinensische Kinder einsetzt, hatte dem Gericht bereits 2015 Beweise für die rechtswidrige Verbringung palästinensischer Kinder aus dem besetzten Westjordanland in israelische Gefängnisse überbracht. Diese Kinder, ca. 700 pro Jahr, sind geschützte Personen nach der Vierten Genfer Konvention. Dennoch wurden bislang keine Haftbefehle ausgestellt.

So fordert das „Globale Zentrum für Schutzverantwortung“ in New York, dass Israel mit allen von der UNO mandatierten Untersuchungen und mit dem Internationalen Strafgerichtshofs zusammenarbeitet. Dieser sollte mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den besetzten Gebieten untersuchen, einschließlich des Verbrechens der Apartheid.

In der aktuellen Situation, in der es für die palästinensische Bevölkerung immer mehr um ihr Überleben geht, steht die Staatengemeinschaft in der Pflicht, Völkerrecht zu gewährleisten. Es wird durch Doppelstandards geschwächt.

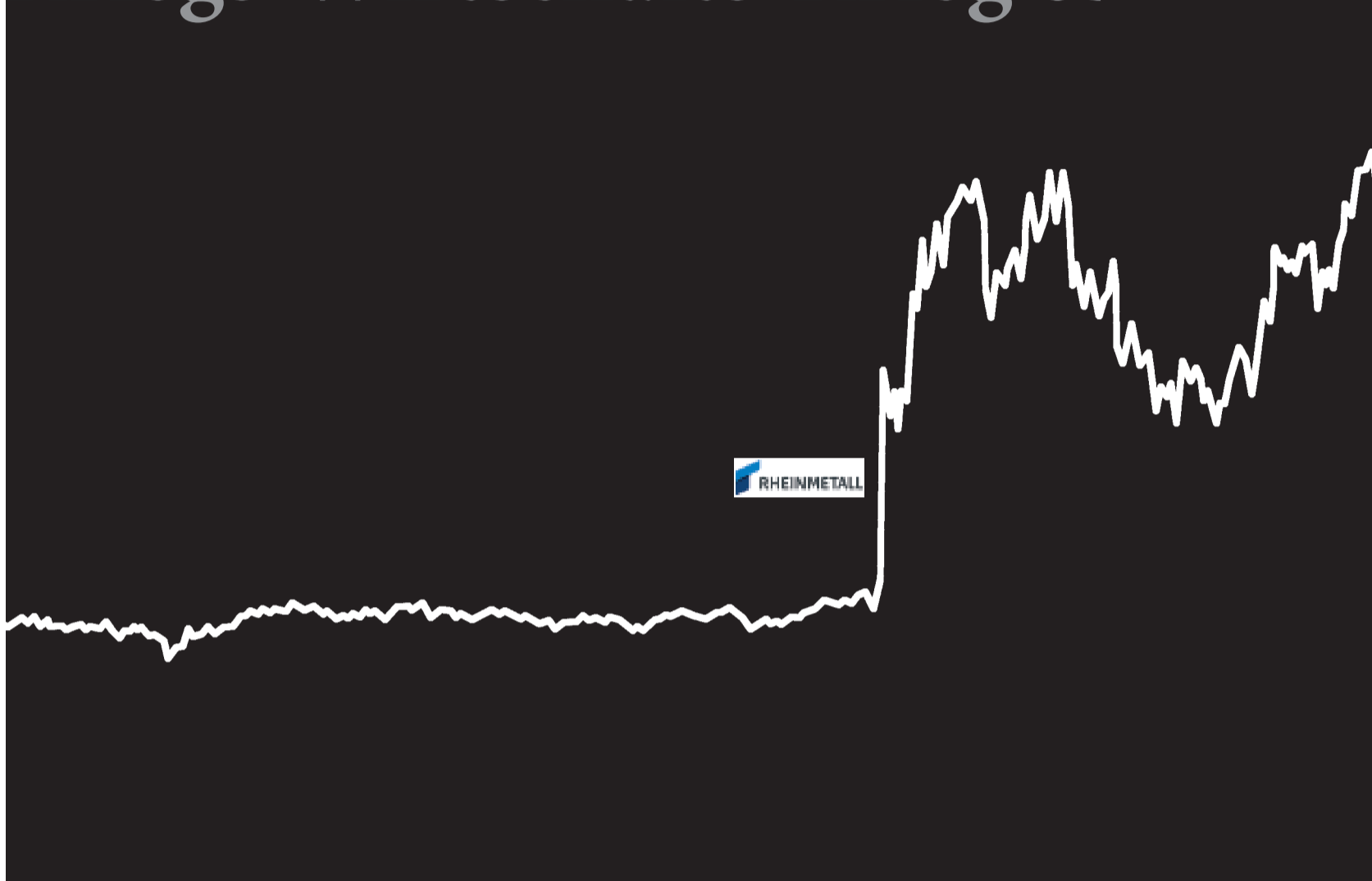
Wiltrud Rösch-Metzler

+++ engagiert für den Frieden +++

Die Rüstungsindustrie und der Krieg in der Ukraine

Mit Töten und Zerstören Profit machen

Kriegs-Wirtschafts-Krieg & Klima



Bei all diesen Waffenherstellern gab es ziemlich genau mit Kriegsbeginn, manchmal erst ab Sommer 2022, einen Schub beim Aktienkurs und damit beim Börsenwert. Das heißt nicht, dass diese Unternehmen alle direkt Waffen für diesen Krieg liefern; faktisch erleben (oder erleiden) wir aktuell einen weltweiten Rüstungsboom, der mit der russischen Invasion in die Ukraine ausgelöst wurde.

Übrigens: Die chinesischen Rüstungskonzerne – unter den zwölf größten Waffenherstellern der Welt befinden sich inzwischen fünf chinesische; alle fünf sind börsennotiert – profitierten bislang nicht (insoweit dies am Aktienkurs ablesbar ist). Und was ist mit den russischen? Natürlich dürften deren Umsätze massiv angestiegen sein. Doch die international bekannten und von SIPRI aufgeführten sind an keiner Börse gelistet; sie befinden sich in Staatseigentum.

Zurück an die Heimatfront – ein militärischer Begriff, der hier angebracht ist. Von Siemens war mir bislang „nur“ bekannt, dass das Unternehmen früher massiv im Rüstungsgeschäft aktiv war. Aktuell gibt es zu „Siemens und Rüstung“ wenig Informationen. Allerdings existiert eine geheimnisumwitterte US-Tochter. So gab es jüngst die Meldung, wonach ein gewisser Greg Bowman, der 25 Jahre bei der US-Armee verbracht hat, zum „Chief Strategy Officer“ von „Siemens Government Technologies - SGT“ ernannt wurde. Geht man auf die SGT-Homepage (<https://siemensgovt.com/>), dann ist in den Website-Texten von Militärischem kaum die Rede. Erste Recherchen ergeben: SGT spielt, so ein Artikel in der *Welt* (5.4.2018) „eine Schlüsselrolle im US-Rüstungsgeschäft“. SGT sei dabei „vom restlichen [Siemens-] Konzern abgeschirmt“ und erhalte „sensible Aufträge vom Pentagon“. Es gebe „keine Angaben zur Größe oder dem Umsatz“.

Der *gesamte* Umsatz von Siemens in den USA beläuft sich auf rund 30 Milliarden Dollar bei mehr als 50.000 Beschäftigten. Wenn davon nur die Hälfte auf SGT entfällt, dann zählt Siemens mit der Tochter SGT zu den zwölf weltweit größten Rüstungsfirmen.

Anfang März stieg Rheinmetall in den DAX auf, also in die Gruppe der 40 größten börsennotierten Unternehmen Deutschlands. Rheinmetall ersetzt dabei den Dialysespezialisten Fresenius Medical Care. Das ist nun auch kein Sympathieträger, da dieses Unternehmen mit Krankheit Profit macht. Doch der DAX-Aufstieg eines Konzerns, der vor allem am Töten und Zerstören verdient, und dabei einen Konzern aus der Gesundheitsindustrie verdrängt, ist dann schon symbolträchtig.

In der neuen Ausgabe von *Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie* gibt es zwölf Seiten mit Analysen zu weltweiten und deutschen Rüstungsindustrie. Siehe: www.lunapark21.net

Winfried Wolf

Wir sind keine Kriegsgewinnler, sondern Krisenhelfer“. So der Vorstandschef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger, im Februar. Tatsächlich machte

die Aktie des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall wenige Wochen nach Kriegsbeginn einen förmlichen Sprung nach oben. Seither erhöhte sich der Börsenwert des Unternehmens um das Zweieinhalbfache. Vergleichbare Gewinne gab es nur noch vom zweiten großen

deutschen Rüstungskonzern, von Hensoldt. Dabei ist Herr Papperger auch noch persönlich an diesen Gewinnen beteiligt. Die *FAZ* (18.2.) wies genüsslich nach, wann Papperger wie viele Rheinmetall-Aktien persönlich zukaufte, um an den Gewinnsprüngen seit Kriegsbeginn auch privat mit zu verdienen, und bilanzierte dann: „Zusammengekommen fast 30 Millionen Euro Wertzuwachs verzeichnet Papperger also allein mit seinen Rheinmetall-Aktien – und da sind noch nicht die Dividenden enthalten.“

Wobei das Rüstungskapital – wie jedes andere Kapital auch – natürlich kein Vaterland kennt. Die Parteinahme von Rheinmetall aktuell für die Ukraine muss vor dem Hintergrund der jüngeren Konzerngeschichte hinterfragt werden. Rheinmetall hatte 2011 den Auftrag für die Errichtung eines Gefechtszentrums für die russische Armee in Mulino, 350 Kilometer östlich von Moskau, erhalten. Als 2014 nach der Annexion der Krim durch Russland die Exporterlaubnis für dieses Geschäft vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel widerrufen wurde, forderte Rheinmetall vom Bund 120 Millionen Euro Entschädigung. Auf Kritik am Russland-Geschäft reagierte Rheinmetall wie folgt: „Damals bestanden offizielle Verbindungen zwischen der russischen Armee und der Bundeswehr.“ Dass es vor einem Jahrzehnt *offizielle* Verbindungen zwischen Bundeswehr und der russischen Armee gab, liest man zumindest heute eher selten.

Rheinmetall verdiente im Übrigen auch am Jemen-Krieg. Die italienische Rheinmetall-Tochter RWM

S.p.A. lieferte in großem Umfang die entscheidenden Bauteile für Bomben vom Typ MK82 und MK84 über eine Zwischenstation in Abu Dhabi an die kriegführende Allianz bestehend aus u.a. saudischen Truppen. Diese bombardierten im Jemen in großem Umfang zivile Ziele. Die Rheinmetall-Eigenwerbung für den genannten Bombentyp: „Perfekt für Situationen, die höchste Druck- und Explosionskraft erfordern.“

Und so befindet sich Rheinmetall seit Beginn des Ukraine-Kriegs auf dem Erfolgspfad. In Ungarn wird eine neue Munitionsfabrik gebaut. In Spanien übernahm Rheinmetall Ende 2022 für 1,2 Milliarden Euro den Munitionshersteller Expal.

Die internationale Branche

Wobei Rheinmetall nur ein Beispiel für ein gutes Dutzend Kriegsgewinnler aus der deutschen Branche ist. Andere Rüstungsunternehmen mit BRD-Firmensitz sind u.a.: KMW Nexter, ThyssenKrupp Marine Systems, Hensoldt, Diehl, MTU, MBDA, Jenoptik und Heckler & Koch. Bei all diesen Waffenlieferanten gab es – soweit sie an der Börse notiert sind und dies dann am Aktienkurs ablesbar ist – ab Kriegsbeginn einen massiven Kursanstieg, also deutliche Gewinne durch den Krieg in der Ukraine.

Nachweisbar Kriegsgewinnler sind auch die meisten Rüstungskonzerne mit Firmensitz in Frankreich (Thales, Safran, Airbus, Dassault Aviation), Italien (Leonardo), Großbritannien (BAE Systems, Rolls Royce) und die wichtigsten US-Rüstungskonzerne Lockheed Martin, Boeing, Northrop Grumman, General Dynamic, L3Harris Technologies:

† † † weltweite † † †

Tod oder Leben

Seit Frühjahr 2022 wurde der weltweite Umsatz der Industrie zur Herstellung von Tötungsgerät enorm gesteigert. Die weltweiten Ausgaben für Rüstung und Militär übersteigen 2023 die 2-Billionen-Dollar-Marke. Die Zahl der in dieser Industrie Beschäftigten dürfte bereits oberhalb von zwei Millionen liegen. Hinzu kommen die Menschen, die in den Armeen Dienst tun; insgesamt sind es weltweit mehr als 22 Millionen Soldatinnen und Soldaten, davon jeweils rund 5 Millionen, die entweder direkt in westlichen Armeen oder in solchen der Gegenseite Dienst tun. Damit sind weltweit rund 25 Millionen Menschen in der Rüstungsproduktion beschäftigt beziehungsweise sie leisten Militärdienst. Es handelt sich – nach der Landwirtschaft – um den zweitgrößten Wirtschaftszweig in der globalen Ökonomie. Zum Vergleich: In der weltweit größten Industrie, der Autobranche, gibt es aktuell rund 12 Millionen Arbeitskräfte.

Stimmt die oft geäußerte Aussage, wonach „Krieg ein gutes Geschäft“ sei? Karl Marx schrieb dazu: Tatsächlich sei, ökonomisch betrachtet, „Krieg (...) dasselbe, als wenn eine Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe.“ Tatsächlich sind Rüstung und Kriege kein Geschäft für die Gesellschaft. Auch keines für den Kapitalismus als Ganzes. Sie sind nur profitabel für die Rüstungsbranche als solche. Allerdings stehen sie in einem Zusammenhang mit Geopolitik und mit dem Militärisch-Industriellen-Politischen-Komplex. Die Rüstungsausgaben selbst – und erst Recht die Kriegskosten – sind Gelder, die in anderen, gesellschaftlich relevanten Bereichen fehlen. Die seit Jahrzehnten vorgetragene Losung „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“ ist zutreffend, weil sie den logischen Zusammenhang zum Ausdruck bringt. Oder auch: Allein mit den deutschen Kosten für die Beteiligung am FCAS-Kampfflugzeug-Programm könnte man das gesamte deutsche Schienennetz elektrifizieren und sanieren und damit einen relevanten Beitrag im Kampf gegen die Klimakatastrophe leisten.

† † † Rüstungsindustrie † † †

Frieden in Afrika

Ein Traum, der wahr werden muss

Baroness Dayan Ako-Adounvo

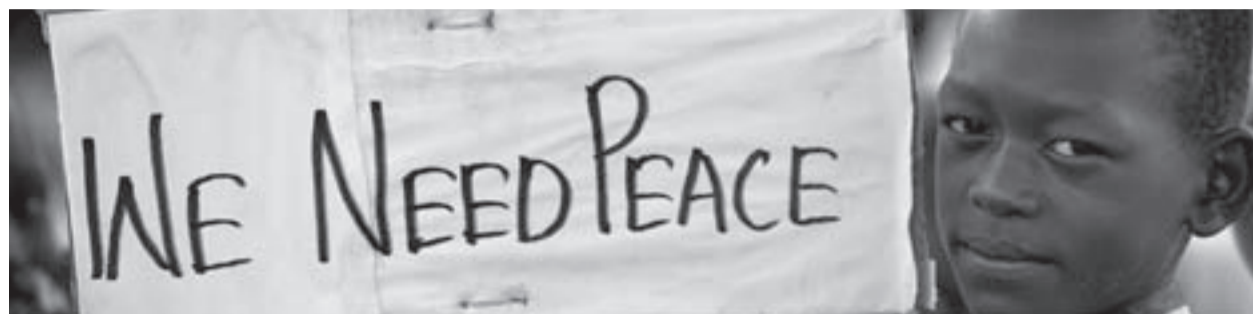
In Afrika ist der Frieden in den Werten, Glaubenssystemen und Formen der Spiritualität, im lokalen Wissen und in den Technologien sowie in den Traditionen und Formen kultureller und künstlerischer Ausdrucksformen verwurzelt, die zur Achtung der Menschenrechte, zur kulturellen Vielfalt, zur Solidarität und zur Ablehnung von Gewalt beitragen.

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern auch das Vorhandensein von sozialer Solidarität. In Afrika gibt es indigene Traditionen zur Friedenskonsolidierung, die uns Heilung und Versöhnung lehren, um die Grundlage für die Wiederherstellung der sozialen Solidarität zu schaffen.

Ohne Frieden ist es unmöglich, das Maß an Vertrauen, Zusammenarbeit und Einbeziehung zu erreichen, das die Gesellschaften benötigen, um Schocks zu überstehen, Streitigkeiten zu bewältigen und sich an Veränderungen in verschiedenen Gemeinschaften und in Afrika insgesamt anzupassen.

Bisher konzentrierte sich die Friedenskonsolidierung vor allem

auf die Verhütung von Konflikten, die Deeskalation von Aggressionen und die Friedenssicherung in Kriegen. Bisher ging man davon aus, dass diese Maßnahmen den Grundstein für einen selbsttragenden Frieden legen würden. Bei diesen Bemühungen handelt es sich



jedoch um kurzfristige Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens durch Eindämmung von Gewalt.

Das Ziel des Friedens in Afrika ist unerreichbar, wenn Staatsbildung mit Friedensbildung gleichgesetzt wird, insbesondere wenn ein afrikanischer Staat von räuberischen Eliten regiert wird, denen es mehr um Macht als um gute Regierungsführung geht. Infolgedessen haben afrikanische Wissenschaftler einige der vorherrschenden Annahmen über die Friedenskonso-

lidierung in Frage gestellt und einen Wandel hin zu einem *dekolonialen Frieden* gefordert, der die Menschen in Afrika und ihre einheimischen Friedensstrukturen in den Mittelpunkt der Schaffung eines dauerhaften Friedens stellt.

Die Sicherheitsbedrohungen

die schnell wachsende, innovative junge Bevölkerung ausgelöst wurde. Gleichzeitig wird unser Potenzial, diese Veränderungen in einen stabilen Frieden für die Afrikaner umzusetzen, durch die anhaltende Bedrohung durch bewaffnete Konflikte beeinträchtigt.

in Mali, der Zentralafrikanischen Republik und Nigeria sind alarmierend. Auch der Südsudan darf hier nicht fehlen, ebenso wenig wie die endlosen Konflikte in Somalia und an den Großen Seen.

Der afrikanische Kontinent hat in den letzten Jahrzehnten viele Veränderungen erlebt, von der Weiterentwicklung der Kommunikationstechnologie bis hin zu einem raschen Wirtschaftswachstum, das durch einen expandierenden Markt für afrikanische Rohstoffe und

Präsident Nelson Mandela sagte: „Es scheint immer unmöglich, bis es geschafft ist.“ Afrika, steh auf und lass uns nicht zulassen, dass der Frieden auf unserem Kontinent ein Traum bleibt. Gemeinsam können wir nachhaltigen Frieden und gemeinsame Sicherheit in Afrika schaffen.

Baroness Dayan Ako-Adounvo ist Professorin an der Ghana University, Gründerin von I.E.C.A - International Education Connect Agency und operative Direktorin des Büros Frieden in Afrika - Ghana (Bureau of African Peace, Ghana).

Meinungsfreiheit muss erkämpft werden

Ulrich Sander

Lange ist sie her, dennoch beachtenswert: die Festrede der damaligen Kanzlerin Angela Merkel für das Meinungsforschungsinstitut Allensbach Sie bekannte – laut Regierungsbuletin vom 3. März 2010 – sie sei zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, „dass wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben“. Denn: „Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der NATO-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.“

Also Demokratie? Keine Spur. Ein dreist-offenes Bekenntnis dagegen. Besonders das Ringen um die Remilitarisierung war von Unterdrückung der Meinungs-



freiheit und politischer Strafjustiz begleitet. Es herrschte der Kalte Krieg. Und seine Wiederholung droht. Um gegen den Kriegsgegner Russland vorzugehen, wurde das Strafbuch geändert. Fahnen mit Hammer und Sichel zu zeigen, könnte der Volksverhetzung mittels Hakenkreuz gleichgesetzt werden. Wer die Volksabstimmung mit den Füßen organisiert, also große Demonstrationen der Friedensbewegung zustande bringt, und wer zudem hunderttausende Unterschriften unter ein „Manifest für den Frieden“ sammelt – wie es Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer taten - bekommt den ganzen Druck zu spüren, zu dem Medien und Politiker fähig sind. Und dies nicht zu knapp. Auch die LINKE-Führung macht leider mit.

Doch nie hatte in diesem Land die Rüstungspolitik eine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich. Einmal gelang es in der BRD-Geschichte, die öffentliche Meinung zur veröffentlichten Meinung zu machen. Das war in den Achtzigern. Das erinnert daran, dass es sich lohnt, dafür einzutreten, Druck auf die veröffentlichenden Medien zu machen, damit die Mehrheit in der Bevölkerung zur öffentlichen und veröffentlichten Meinung wird.

Ulrich Sander ist Mitglied des Bundesausschusses der VVN-BdAnt

Neuaustrichtung in Südkorea

Die Kriegsgefahr in Asien ist real

A-Young Moon

Auf der koreanischen Halbinsel, traditionell ein gefährlicher Brennpunkt, spitzt sich die Situation aktuell neu zu. Derzeit halten die USA und Südkorea die größte gemeinsame Militärübung seit fünf Jahren ab. Am 19. März hat Nordkorea eine ballistische Kurzstreckenrakete über dem östlichen Meer der koreanischen Halbinsel gestartet. Dieser Raketenstart wird als Reaktion Nordkoreas auf die Stationierung des B-1B-Bombers, einer strategischen Waffe der USA, gesehen. Die südkoreanischen Medien verbreiten, dass die Provokationen Nordkoreas die Ursache für die Krise auf der koreanischen Halbinsel sei.

Die Wahrheit wird damit verschleiert: Alle Beziehungen beruhen auf Gegenseitigkeit. Daher gibt es keine einseitigen Provokationen.

Konservative politische Gruppen in Südkorea bezeichnen die vergangenen fünf Jahre als „die verlorenen Jahre“. Damit ist der Zeitraum gemeint, in dem die Regierung von Moon Jae-in versuchte, ein positives Momentum in den Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea zu erreichen.

Kurz nach seinem Amtsantritt am 10. Mai 2022 erklärte der neue südkoreanische Präsident Yoon Suk-yeol, dass die südkoreanische Version der Indo-Pazifik-Strategie noch vor Jahresende bekannt gegeben werden soll. Im folgenden Monat nahm Yoon am NATO-Gipfel in Madrid teil. Auf diesem NATO-Gipfel wurde das neue strategische Konzept der NATO vorgestellt, das Russland als die größte und unmittel-

barste Bedrohung und China als die systemische Herausforderung für die Sicherheit, die Werte und die Interessen der NATO definiert.

Yoons Anwesenheit auf dem NATO-Gipfel war ein Symbol für den geopolitischen Wandel in der Region. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Republik Korea im Jahr 1949 wurde das Bündnis zwischen den USA und der Republik Korea jahrzehntelang als ein Eckpfeiler der regionalen Sicherheit in Nordostasien angesehen.

Angesichts der zunehmenden Rivalität zwischen den USA und China musste Südkorea jedoch seinen eigenen Weg aus den geopolitischen Turbulenzen suchen. Zumindest versuchte Moons Administration, das Konzept eines strategischen Gleichgewichts zwischen den USA und China zu verwirklichen. Der neue Präsident Yoon und die neue Regierung zeigen nun ihre eindeutige Präferenz für die USA.

Im Sommer 2022 luden die USA Taiwan zum RIMPAC (multinationales Militärmanöver im Pazifik) ein. Taiwan lehnte die Einladung der USA zwar ab, doch Yoon entsandte die größte Streitmacht in der südkoreanischen Geschichte. Im Herbst 2022 nahm das süd-koreanische Militär an der KAMADAG-Übung in der Nähe der philippinischen Insel Luzon teil, die nahe an Taiwan liegt.

Im Winter 2022 vollzog Japan unter der Führung des 2021 gewählten neuen Premierministers Fumio Kishida eine Wende in seiner Verteidigungspolitik. Offizielle Ziele sind die Verdopplung der Rüstungsausgaben und die Entwicklung der militärischen Fähigkeit, feindliche

Raketenstellungen in Zukunft „proaktiv auszuschalten“.

Unter dem Begriff „Sicherheitskooperation“ wird das Dreiecksbündnis USA-Südkorea-Japan immer stärker ausgebaut. Vor 70 Jahren war die koreanische Halbinsel das letzte und grausamste Schlachtfeld des Stellvertreterkriegs zwischen dem Osten und dem Westen. Der Kalte Krieg wurde in dieser Region nie beendet. Im Frühjahr 2023 liegt der Schatten eines globalen Krieges und die nostalgische

Sehnsucht der USA nach einer unipolaren Vorherrschaft erneut über Ostasien. Die Weltuntergangsuruhr tickt. Wir alle wissen, was zu tun ist.

A-Young ist Gründerin und Geschäftsführerin der auf Friedenserziehung konzentrierten südkoreanischen Friedensorganisation PEACEMOMO. Sie ist im Koordinierungsgremium der südkoreanischen Friedensbewegung und Beraterin des National Unification Advisory Council. Siehe: <https://www.ipb.org/a-young-moon/>

+++ aktiv gegen krieg +++

Jemen – Hoffnung auf Entspannung

Durch das saudisch-iranische Abkommen zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, ein vom Irak und Oman vorbereitetes und von China vollendetes diplomatisches Meisterstück, scheint es für den Jemen endlich einen Hoffnungsschimmer zu geben. Wenn auch ein Aufbau von Vertrauen nach Jahren der Feindschaft Zeit braucht, kann die Region hoffen, aufatmen zu dürfen. Und es gibt eine reelle Chance, dass sich zumindest Saudi-Arabien, das schon seit Jahren einen Ausweg aus dem nicht zu gewinnenden, äußerst kostspieligen Krieg sucht, aus dem Jemen zurückzieht. Verhandlungen über eine Verlängerung der Waffenruhe, womöglich auch über ein Friedensabkommen, laufen bereits. Der Erfolg von Bagdad, Maskat und Beijing fußt vor allem darauf, dass sie – anders als die westlichen Industrienationen – als neutrale Vermittler agieren. Mit diplomatischer, politischer und logistischer Unterstützung, Waffenlieferungen sowie der Übermittlung von Geheimdienstkenntnissen hat der „Wertewesten“ den Krieg angeheizt. Die USA, Großbritannien und Frankreich leisteten sogar direkte militärische Hilfe. Einen Friedensschluss versucht insbesondere Washington zu torpedieren. Bei der letzten Geberkonferenz kam nur ein Viertel der benötigten Mittel zusammengekommen, um die humanitäre Katastrophe zumindest zu lindern.

Der Jemen und die Region brauchen genau das, was das Abkommen zwischen Teheran und Riad verspricht: eine multipolare globale Ordnung, in der der zerstörerische Einfluss Washingtons und seiner Verbündeten keine herausragende Rolle mehr spielt.

Wibke Diehl

+++ engagiert für den friedem +++

Interview mit Jürgen Grässlin über den Ukraine-Krieg und die Alternative eines sozialen Widerstands

Die Gefahr eines Atomkriegs ist real



ZgK: Der Krieg der Kreml-Führung gegen die Ukraine dauert nun mehr als ein Jahr an. Die ukrainische Armee konnte bislang dem Ansturm der russischen Truppen erstaunlich gut standhalten – ist das nicht ein Beweis dafür, dass es richtig war, sich militärisch zu verteidigen?

JG: Seit einem Jahr führen ukrainische Soldaten eine Abwehrschlacht gegen die angreifenden Aggressoren aus Russland. Der Blutzoll ist für beide Seiten immens hoch: rund 240.000 Tote, weitere Hunderttausende von verstümmelten und verkrüppelten Menschen. Ein Drittel des Landes ist bereits vermint und auf Jahre hinaus unbewohnbar. Wie also definiert man die Richtigkeit

oder den Erfolg militärischer Verteidigung? Wie sieht die Opferbilanz in einem Jahr, in fünf Jahren aus? Die Bilanz der Kriege in Afghanistan, dem Irak, in Libyen, in Syrien oder dem Jemen ist fatal: Ganze Länder liegen in Schutt und Asche, Millionen Menschen verloren ihr Leben, Libyen gilt als „Failed State“.

ZgK: Warum lernt die Menschheit scheinbar nichts aus dem Scheitern dieser militärischer Interventionen?

JG: Weil es einen hervorragend funktionierenden Militärisch-Industriell-Politischen Komplex gibt, bei dem alle Teile wie Zahnräder ineinander greifen. Weil jeder Krieg seine Kriegsgewinner hervorbringt: beim

Militär, in der Industrie, unterstützt von weiten Teilen der Politik.

Militär ist nicht die Lösung, Militär ist das Problem!

ZgK: Ein großer Teil der Bevölkerung in der Ukraine scheint die Haltung zu vertreten: lieber tot als unfrei.

JG: Seit Kriegsbeginn haben Hunderttausende Menschen versucht, sich der Beteiligung am Krieg zu entziehen. Es gibt also durchaus viele Menschen, die das Kämpfen und Töten verweigern. Jedoch finden sie in der bürgerlichen Presse kaum eine unterstützende Stimme. Und auf legalem Weg finden sie schwerlich einen Zugangsweg zu Asyl in Deutschland, gar in Europa.

ZgK: Ist die Drohung Putins mit Atomwaffen kein Bluff?

JG: Nein, das ist definitiv kein Bluff! Wiederholt hat das Regime Putin unmissverständlich bekundet, dass es im Krieg mit der Ukraine und ihren NATO-Verbündeten auch zum letzten Schritt bereit sein wird. Spätestens dann, wenn Russland wider Erwarten konventionell in die Defensive geraten sollte. Dann wird der abgestufte Gebrauch nuklearer Sprengköpfe folgen. Sollte auch die Nato Atomaffen einsetzen, wird die Eskalationsspirale im beiderseitigen Einsatz atomarer Interkontinentalraketen enden. Wer die Gefahr einer unkontrollierten atomaren Auseinandersetzung verharmlost oder gar außer Acht lässt, ist für mich völlig ungläubwürdig. Die Gefahr eines Dritten Weltkriegs ist so hoch wie nie zuvor.

ZgK: Du zitierst die Studie „Why Civil Resistance Works“ der Politologinnen Erica Chenoweth und Maria Stephan über zivilen und militärischen Widerstand gegen einen militärischen Aggressor. Was besagt diese?

JG: Chenoweth und Stephan dokumentieren in der Studie, dass der rein zivile Widerstand in der deutlichen Mehrheit der Fälle erfolgreicher und auch, angesichts der meist deutlich begrenzten Zahl menschlicher Opfer, humaner verlaufen ist als der rein militärische. Um diese Forschungen wissenschaftlich zu belegen, hatten die Autorinnen 323 Konflikte – Aufstände, Konflikte und kriegerischen Auseinandersetzungen – untersucht.

Dabei reicht das Spektrum der Aktionsformen von der Verweigerung im alltäglichen Leben über die gezielte Demoralisierung der Besatzungsmacht bis hin zu gewaltfreien Blockaden. Final folgt ein unbegrenzter Generalstreik. Dabei können Menschen bedroht und erschossen werden – erfahrungsgemäß aber in weitaus geringerer Zahl als im Krieg. Denken wir an den Massenwiderstand in Indien gegen die britischen Besatzer, inspiriert und angeführt von Mahatma Gandhi.

Ja, mit Sozialer Verteidigung hätte das Massenmorden in der Ukraine verhindert werden können. Und um damit anzufangen, ist es nie zu spät. Unumgängliche Voraussetzung allerdings ist, dass die Bevölkerung im Land dies mehrheitlich selbst so wünscht. Die Alternative ist der Jahre währende Abnutzungskrieg, alsbald mit mehr als einer Million Toter und der Zerstörung weiterer Teile des Landes.

ZgK: Wann immer die Friedensbewegung so argumentiert, wird sie – und wahrscheinlich nicht nur hierzulande – verhöhnt, verspottet, diskreditiert.

JG: Genau so sind die Reaktionen der Gegenseite. Dabei wäre die Gewaltfreiheit von Anfang an die erfolgversprechendste Methode des Widerstands gewesen. Bis heute sind Chenoweths Forschungsergebnisse über den weltweit vielfach erfolgreichen gewaltfreien Widerstand von der Gegenseite unwiderlegt. Und genau deshalb agieren Befürworter militärischer Gewalt derart diskreditierend, unsachlich oder polemisch.

ZgK: Du warst rund ein Jahrzehnt lang aktives Mitglied bei den Grünen. Hört man heute Anton Hofreiter oder Angelika Baerbock auf der einen Seite und auf der anderen Seite Dich – dann liegen da doch Abgründe zwischen den Grünen und Dir. Wie erklärst Du Dir diese Wendung bei den Grünen?

JG: In meinem autobiografischen Buch *Einschüchtern zwecklos*, das im Juni 2023 im Heyne-Verlag erscheinen wird, beginnt meine Analyse mit meiner aktiven Parteimitgliedschaft bei den Grünen in den Achtzigerjahren, sezziert Joschka Fischers Rede beim Sonderpartei-

tag 1999 in Bielefeld mit dessen Unterstützung der Bundeswehrintervention im ehemaligen Jugoslawien und begründet meinen Parteiaustritt im Jahr 2000. Auch analysiere ich den fundamentalen Wandel der Basisgrünen zu den heutigen NATO-oliv-Grünen im Ukraine-Krieg.

ZgK: Wir werden ja oft kritisiert nach dem Motto: Ihr seid immer gegen etwas. Doch habt ihr eine Lösung für den Konflikt?

JG: Die Kriegslogik führt immer tiefer in die Eskalationsspirale und wird somit existentiell gefährdend für die gesamte Menschheit. Eine Lösung aus dem Krieg in der Ukraine kann dann angegangen werden, wenn es gelingt, aus der Gedankenfestung der Kriegslogik auszubrechen. Die entscheidenden Gegenfragen weisen den Weg zu den positiven Messages: Wie kann das Leid der Bevölkerung in der Ukraine schnellstmöglich gestoppt werden? Mittels welcher Maßnahmen kann die Eskalationsspirale von Gewalt und Gegengewalt durchbrochen werden? Wie und durch wen kann dieser Krieg, der täglich durchschnittlich 1000 Tote fordert, umgehend beendet werden? Und: Wie könnten für alle beteiligten Konfliktparteien tragbare Kompromisse aussehen?

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Vorsitzender des RüstungsInformations-Büros (RIB e.V.) mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) sowie Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. Grässlin wurde mit bislang zehn Preisen für Frieden, Zivilcourage, Menschenrechte und Medienarbeit ausgezeichnet, u.a. mit dem Aachener Friedenspreis, dem Menschenrechtspreis von Amnesty International und dem Grimme-Medienpreis. Kontakt: Tel.: 0049-761-7678208, Mob.: 0049-170-6113759 E-Mail: graesslin@dfg-vk.de Für ZgK: Winfried Wolf (Eine Langfassung des Interviews findet sich in der neuen Ausgabe von Lunapark21, Heft 61 (www.lunapark21.net))

+++ aktiv gegen krieg +++

Die UN-Charta und unsere Verpflichtung zum Frieden

Michael von der Schulenburg

„Nie wieder Krieg!“ hieß es 1945 nach zwei verheerenden Weltkriegen. Deshalb haben sich die Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen verpflichtet, ihre Konflikte in Zukunft nur noch friedlich zu lösen. Im Ukrainekrieg scheint dies vergessen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein Bruch der UN-Charta. Aber auch die Mitgliedsländer der NATO haben die Charta gebrochen, indem sie eine friedliche Beilegung des Konflikts mit Russland über dessen Sicherheitsinteressen wiederholt verweigert haben.

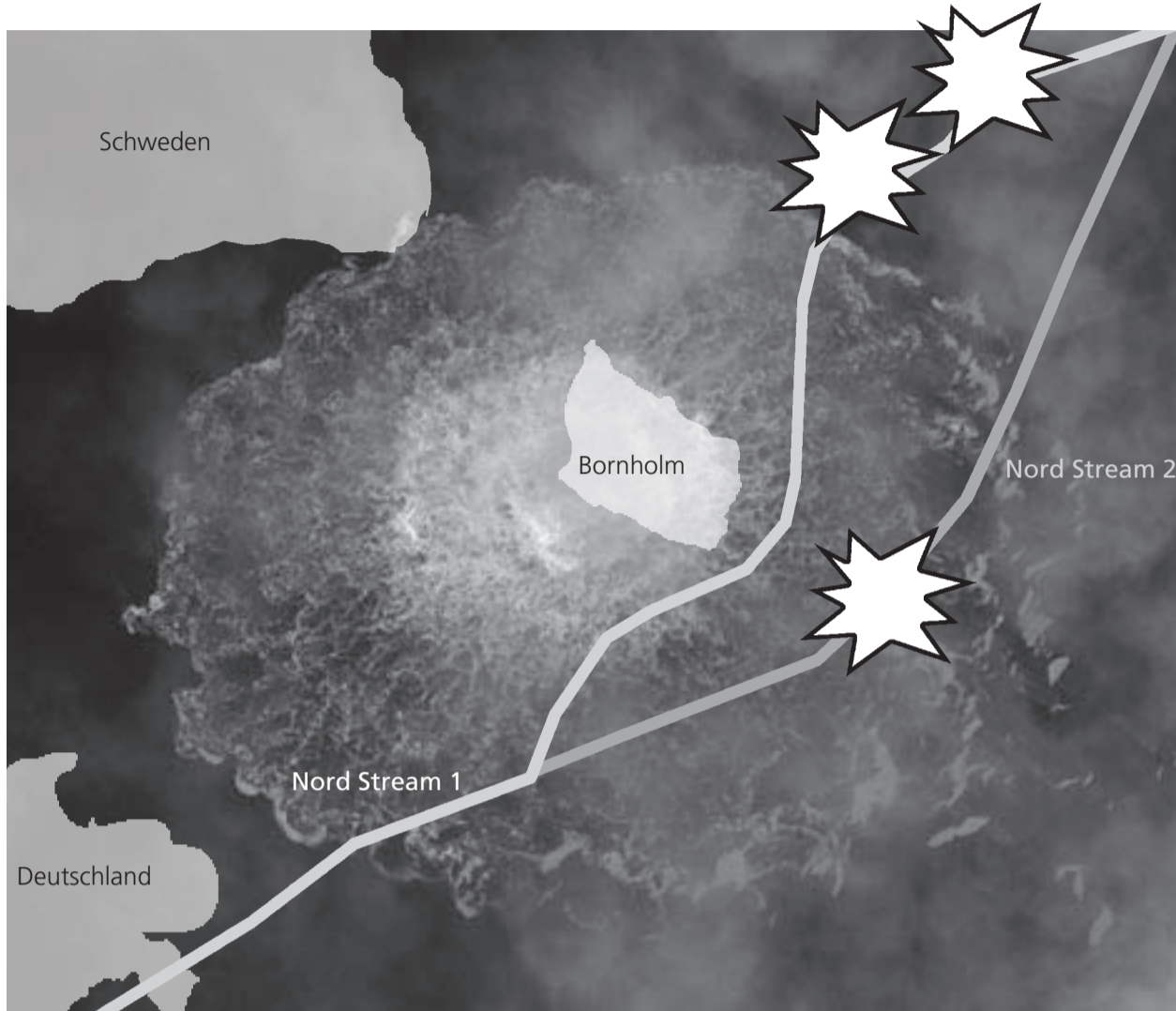
Der Konflikt um die Ausweitung der NATO an die russische Grenze hat sich über drei Jahrzehnte hingezogen. Er hätte durch Diplomatie gelöst werden können. Auch nach dem Ausbruch des Krieges torpedierten die NATO-Staaten im März 2022 den Versuch der ukrainischen Regierung, den Krieg durch eine mit Russland bereits weitgehend ausgehandelte Übereinkunft friedlich zu beenden. Mit dem geostrategischen Ziel, Russland dauerhaft zu schwächen, um es als konkurrierende Großmacht auszuschalten, nimmt die NATO nun die Zerstörung der Ukraine in Kauf. Zu den schrillsten Anklägern des russischen Angriffskrieges zählen NATO-Staaten, die selber immer wieder illegale militärische Interventionen ohne UN-Mandat unternommen haben. Als permanente Mitglieder des UN-Sicherheitsrats tragen die USA, Großbritannien und Frankreich ebenso wie Russland eine besondere Verantwortung für die Einhaltung der Prinzipien der UN-Charta. Keines dieser Länder ist dieser Verantwortung gerecht geworden. Gerade mit dem Ukrainekrieg wurde deutlich, wie wichtig die UN-Charta in einer Zeit ist, in der jeder Krieg zwischen den Großmächten zu einem Atomkrieg mit der Vernichtung allen menschlichen Lebens führen kann.

Die UN-Charta beginnt mit den Worten „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren...“ Wir alle haben demnach die Pflicht, von unseren Regierungen zu verlangen, dass sie von der Logik vergangener Jahrhunderte abrücken, wonach nur Waffen Frieden bringen. Mehr noch als 1945 muss im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen unsere Maxime heißen: „Nie wieder Krieg!“.

+++ engagiert für den friedem +++

Die Zerstörung von Nord Stream / Zeugenaussage von Professor Jeffrey D. Sachs
Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Zerstörung der Nord Stream-Pipeline – 21. Februar 2023

Wer waren die Täter? Wer hatte ein Motiv?



Mein Name ist Jeffrey D. Sachs. Ich bin Universitätsprofessor an der Columbia University. Ich bin Spezialist für die Weltwirtschaft, einschließlich Welthandel, Finanzen, Infrastruktur und wirtschaftliche Staatsführung. Ich trete vor dem UN-Sicherheitsrat in meinem eigenen Namen auf. Ich vertrete

bei meiner Aussage keine Regierung oder Organisation.

Die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines am 26. September 2022 ist ein Akt des internationalen Terrorismus und stellt eine Bedrohung des Friedens dar. Es liegt in der Verantwortung des UN-Sicherheitsrates, sich mit der Frage zu befassen, wer die Tat begangen

haben könnte, um den Täter vor die internationale Justiz zu stellen, eine Entschädigung für die Geschädigten anzustreben und künftige derartige Aktionen zu verhindern.

Die Folgen der Zerstörung von Nord Stream 2 sind enorm. Dazu gehören nicht nur die wirtschaftlichen Verluste im Zusammenhang mit den Pipelines selbst und ihrer künftigen Nutzung, sondern auch die erhöhte Bedrohung für grenzüberschreitende Infrastrukturen aller Art: Untersee-Internetkabel, internationale Pipelines für Gas und Wasserstoff, grenzüberschreitende Stromübertragung, Offshore-Windparks und vieles mehr.

Die globale Umstellung auf grüne Energie wird erhebliche grenzüberschreitende Infrastrukturen erfordern, auch in internationalen Gewässern. Die Länder müssen darauf vertrauen können, dass ihre Infrastruktur nicht von Dritten zerstört wird. Einige europäische Länder haben kürzlich ihre Besorgnis über die Sicherheit ihrer Offshore-Infrastruktur zum Ausdruck gebracht. Aus all diesen Gründen haben die Untersuchungen der Explosionen mit Folge der Zerstörung der Nord Stream-Pipeline eine hohe globale Priorität.

Die Zerstörung einer Pipeline aus schwerem Walzstahl, die von Beton ummantelt ist, in einer Tiefe von 70-90 Metern erfordert hochentwickelte Technologien für den Transport des Sprengstoffs, das Tauchen zur Installation des Sprengstoffs und die Sprengung. Dass all dies unentdeckt in den Wirtschaftszonen Dänemarks und Schwedens geschehen soll, macht die Operation noch komplexer. Wie mehrere hochrangige Beamte bestätigt haben, muss eine derartige Aktion von einem staatlichen Akteur durchge-

führt worden sein.

Nur eine Handvoll staatlicher Akteure verfügt sowohl über die technischen Kapazitäten als auch über den Zugang zur Ostsee, um diese Aktion durchführen zu können. Dazu gehören Russland, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Polen, Norwegen, Deutschland, Dänemark und Schweden, entweder einzeln oder in einer gewissen Kombination.

Aus einem kürzlich erschienenen Bericht der *Washington Post* geht hervor, dass die Geheimdienste der NATO-Staaten zu dem Schluss gekommen sind, dass es keinerlei Beweise dafür gibt, dass Russland diese Aktion durchgeführt hat. Dies deckt sich auch mit der Tatsache, dass Russland kein erkennbares Motiv hatte, diesen Terrorakt gegen seine eigene kritische Infrastruktur zu verüben.

Berichten zufolge haben drei Länder Ermittlungen zum Nord Stream-Terrorismus durchgeführt: Dänemark, Deutschland und Schweden. Vermutlich wissen die Regierungen dieser Länder viel über die Umstände des Terroranschlags. Vor allem Schweden hat der Welt vielleicht am meisten über den Tatort zu berichten. Doch anstatt die

entsprechenden Informationen weltweit zu teilen, hat Schweden die Ergebnisse seiner Ermittlungen vor dem Rest der Welt geheim gehalten.

Hochrangige US-Beamte gaben vor und nach der Zerstörung von Nord Stream Erklärungen ab, die ihre Abneigung der USA gegen die Pipelines deutlich machten. Am 27. Januar 2022 twitterte die Unterstaatssekretärin Victoria Nuland: „Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 so oder so nicht vorankommen.“

Am 7. Februar 2022 sagte Präsident Biden: „Wenn Russland wieder einmarschiert, wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“ Auf die Frage eines Reporters, wie er das machen würde, antwortete er: „Ich verspreche Ihnen, dass wir es schaffen werden.“

Eine objektive Untersuchung des Nord Stream-Terrorismus durch den UN-Sicherheitsrat, bei der alle Länder ihr Wissen einbringen, ist wichtig für das weltweite Vertrauen in dieses Gremium und, was am wichtigsten ist, für den globalen Frieden und die nachhaltige Entwicklung.

+++ aktiv gegen krieg +++

Gewerkschaftliche Solidarität Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der Ukraine geführt. Familien mit ausreichenden Finanzmitteln flüchten. [...] Die arbeitende Bevölkerung mit geringen Ressourcen ist darauf angewiesen, entweder vor Ort auszukommen oder in eine westlich gelegene ukrainische Stadt zu flüchten.

Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. [...] Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen [...] auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten: Während das Arbeitsrecht aus der Sowjetzeit in der Russischen Föderation schon längst dem Neoliberalismus im Interesse des Profits zum Opfer gefallen ist, entsprechen diese Gesetze in der Ukraine zum Teil noch denen aus der Sowjetunion. Gerade in Zeiten des Krieges, wo die Regierung die Devise des „Zusammenrückens“ ausruft [...] sind Rechte der Beschäftigten den Unternehmern ein Dorn im Auge; zusammen mit ausländischen Berater:innen, wie sie u. a. Boris Johnson in das Arbeitsministerium in Kiew geschickt hat, treiben sie den Staat dazu, diese Rechte abzubauen. Gegen diesen Abbau der Rechte der Arbeitenden versuchen sich die Gewerkschaften zusammen mit fortschrittlichen Kräften zu stemmen.

Die Gewerkschaften [...] sehen sich gezwungen, sich gegen die eigene Regierung zu stellen und sich gegen den Abbau der Rechte in den Betrieben zu wehren. Bei diesem Kampf [...] muss sich die internationale Öffentlichkeit mit den ukrainischen Gewerkschaften solidarisch zeigen. Bei der Aufrechterhaltung zentraler Dienstleistungen können die internationale Öffentlichkeit, Gewerkschafter:innen und Initiativen die Solidarität durch humanitäre Hilfe leisten.

Unser Aufruf wurde im ersten Monat sofort von 75 Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet, und es wurden circa 8000 Euro gespendet! Die Spenden wurden in zwei ersten Raten an die beiden Gewerkschaften in der Ukraine geschickt. [...] [Unter anderem wurden] für die Gewerkschaft des Gesundheitspersonals in Krywyj Rih speziell benötigte Medikamente [...] gekauft und dorthin verschickt. Diese wenn auch nur kleine Geste der Solidarität wurde sehr begrüßt.

Wir rufen zur weiteren Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf.

Spenden an: Internationale Solidarität e.V. · Stichwort „Ukraine Solidarität“
angeben · IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00
Kontakt: ukraine-solidaritaet@intersoz.org

+++ engagiert für den frieden +++

- Anzeige -

Der Krieg in der Ukraine puscht Rüstungsgewinne. Das neue Heft von Lunapark21 bringt eine Analyse der westlichen und der russischen Rüstungsindustrie. Die Weltwirtschaft befindet sich an einem Kipppunkt; ein Bankencrash und eine neue Weltwirtschaftskrise sind nicht ausgeschlossen (Winfried Wolf). Gibt es ein „Ende des Kapitalismus“ und wie könnte es aussehen (Besprechung Buch Ulrike Herrmann)? Der Krieg führt zu tektonischen Veränderungen in der Geopolitik. Hannes Hofbauer und Thomas Kuczynski analysieren die neue Blockbildung, bei der Russland zum Anhängsel von China, die EU zum Anhängsel der USA werden und die USA einen Krieg gegen China vorbereiten. Kann es eine „feministische Außenpolitik“ geben, und wenn ja, wie demagogisch ist das denn?, fragt Eveline Linke. Der Krieg Russlands in der Ukraine wirft grundsätzliche Fragen auf zu den Möglichkeiten von Politik (Karl-Heinz Dellwo) und zur Gegenwehr (Interview mit Jürgen Grässlin).

Lunapark21 erscheint vierteljährlich – jeweils mit 84 Seiten im Vierfarbdruck. Lunapark21 legt Wert auf Ästhetik, Haptik und Print. Lunapark21 versteht sich als Beitrag zur Förderung der gesellschaftlichen Emanzipation, des Feminismus, der Antikriegs-Bewegung und aller Engagements für eine neue, solidarische Gesellschaft.

Abo Vier Hefte im Jahr in Deutschland & Österreich = 30 Euro // Alle anderen Abo-Arten nennt und viel Erkenntnisse bietet:

www.lunapark21.net

Der Aufstand für Frieden geht weiter

Sahra Wagenknecht

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“

Erich Maria Remarque

Innerhalb von nur einem Monat haben über 750.000 Menschen das „Manifest für Frieden“ unterzeichnet. Am 25. Februar kamen zehntausende Menschen zu einer Friedenskundgebung am Brandenburger Tor zusammen, um der Forderung nach Diplomatie statt Waffenlieferungen Nachdruck zu verleihen. Diese Erfolge zeigen: Die Friedensbewegung ist wieder im Aufwind! Alle großen Medien mussten über unseren Protest berichten – auch wenn sie teilweise schäumten und alles taten, um uns zu diffamieren. Im Rückblick ist klar: Alles Gerede über eine angeblich massive Mobilisierung rechtsextremer Kräfte hat sich als Farce erwiesen und als gescheiterter Versuch, die Friedenskundgebung schlechtzureden und Menschen von der Teilnahme abzuhalten.

Dass Friedensproteste oder soziale Proteste verleumdet werden, wenn ihre Forderungen nicht mehr totgeschwiegen werden können, ist alles andere als neu. Schon in den 80er Jahren wurde die Friedensbewegung als „5.Kolonie Moskaus“ diffamiert. Wer gegen die Kriege in Irak oder Afghanistan demonstrierte, galt einigen als Antisemit oder als Gegner von Frauen- und Menschenrechten. Und hätte es jemals große Proteste gegen die unsozialen Hartz-Gesetze oder gegen neoliberale Handelsabkommen geben können, wenn Linke sich sofort zurückgezogen hätten, weil auch Rechte zu den Protesten aufriefen?

Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg

Die Friedensbewegung wirkt. Das merkt man inzwischen auch am öffentlichen Diskurs, in dem die Forderungen nach Waffenlieferungen, nach immer mehr Panzern oder gar Kampfflugzeugen etwas zurückhaltender vorgetragen werden und die selbstgewisse Siegesrhetorik zumindest leiser geworden ist. Doch wie geht es nun weiter? „Es gilt, den Frieden zu gewinnen, nicht den Krieg!“ Unter diesem Motto werden vom 6. bis 10. April an vielen Orten Ostermärsche stattfinden und ich hoffe auf eine große Beteiligung. Denn auch gut ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ist kein Waffenstillstand in Sicht. Täglich sterben bis zu 1000

Menschen in einem brutalen Abnutzungskrieg, den nach Ansicht der meisten Militärexperten keine Seite in absehbarer Zeit gewinnen kann.

Entsprechend wächst die Kriegsmüdigkeit – nicht nur in Russland und der Ukraine, wo immer mehr junge Männer gegen ihren Willen an die Front geschickt werden. Auch in den USA mehren sich kritische Stimmen. Selbst der frühere Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Ischinger, stellte unlängst fest, dass es höchste Zeit sei, einen Friedensprozess für die Ukraine in Gang zu setzen, wenn der Westen sich „gegenüber den Wagenknechts, Schwarzers und Prechts“ keine Blöße geben wolle. Kriegsmüdigkeit ist sogar ein Thema in den Kinos, wo derzeit eine preisgekrönte Neuverfilmung von „Im Westen nichts Neues“ läuft – nach dem bekannten Roman über den Ersten Weltkrieg von Erich Maria Remarque.

Zwar spricht wenig dafür, dass hinter den Kulissen bereits über einen Waffenstillstand verhandelt wird. In Washington, London und vielen (ost-)europäischen Hauptstädten scheint man sich unverändert auf einen endlosen Krieg oder eine weitere Eskalation vorzubereiten. Klar ist aber auch: Wir beobachten die Entwicklungen genau und sind vorbereitet, um auf jede Eskalation mit neuen – und hoffentlich noch größeren – Aktionen reagieren zu können. Wir dürfen jetzt nicht lockerlassen. Lasst uns über die Hintergründe und Gefahren des Krieges und seine Profiteure aufklären, über Friedensinitiativen berichten oder selbst zivile Alternativen und konkrete Schritte hin zum Frieden aufzeigen. Lasst uns weiter Unterschriften sammeln für das „Manifest für Frieden“, bis wir eine Million geschafft haben. Denn offensichtlich braucht es noch viel mehr Druck, damit die Bundesregierung sich für eine diplomatische Offensive und einen Waffenstillstand stark macht, statt den Krieg mit der Lieferung von Waffen und Munition immer weiter in die Länge zu ziehen.

Quelle für Ischinger-Zitat: <https://www.tagesspiegel.de/internationales/raus-aus-der-schockstarke-ein-moglicher-weg-zum-frieden-in-der-ukraine-9471989.html>

Nein, meine Söhne geb' ich nicht!

Reinhard Mey, 1986

Ich denk', ich schreib' euch besser schon beizeiten
Und sag' euch heute schon endgültig ab –
Ihr braucht nicht lange Listen auszubreiten
Um zu sehen, dass ich auch zwei Söhne hab'!
Ich lieb' die beiden, das will ich euch sagen
Mehr als mein Leben, als mein Augenlicht
Und die, die werden keine Waffen tragen!
Nein, meine Söhne geb' ich nicht –
Nein, meine Söhne geb' ich nicht!

Ich habe sie die Achtung vor dem Leben
Vor jeder Kreatur als höchsten Wert –
Ich habe sie Erbarmen und Vergeben
Und wo immer es ging, lieben gelehrt!
Nun werdet ihr sie nicht mit Hass verderben
Keine Ziele und keine Ehre, keine Pflicht
Sind's wert, dafür zu töten und zu sterben –
Nein, meine Söhne geb' ich nicht –
Nein, meine Söhne geb' ich nicht!

Ganz sicher nicht für euch hat ihre Mutter
Sie unter Schmerzen auf die Welt gebracht –
Nicht für euch und nicht als Kanonenfutter
Nicht für euch hab' ich manche Fiebernacht
Verzweifelt an dem kleinen Bett gestanden
Und kühlte' ein kleines glühendes Gesicht
Bis wir in der Erschöpfung Ruhe fanden
Nein, meine Söhne geb' ich nicht –
Nein, meine Söhne geb' ich nicht!

Sie werden nicht in Reih' und Glied marschieren
Nicht durchhalten, nicht kämpfen bis zuletzt
Auf einem gottverlass'nen Feld erfrieren
Während ihr euch in weiche Kissen setzt!
Die Kinder schützen vor allen Gefahren
Ist doch meine verdammte Vaterpflicht
Und das heißt auch, sie vor euch zu bewahren!
Nein, meine Söhne geb' ich nicht –
Nein, meine Söhne geb' ich nicht!

Ich werde sie den Ungehorsam lehren
Den Widerstand und die Unbeugsamkeit –
Gegen jeden Befehl aufzubegehren
Und nicht zu buckeln vor der Obrigkeit!
Ich werd' sie lehr'n, den eig'nen Weg zu gehen
Vor keinem Popanz, keinem Weltgericht
Vor keinem als sich selber g'radzustehen!
Nein, meine Söhne geb' ich nicht –
Nein, meine Söhne geb' ich nicht!

Und eher werde ich mit ihnen fliehen
Als dass ihr sie zu euren Knechten macht –
Eher mit ihnen in die Fremde ziehen
In Armut und wie Diebe in der Nacht!
Wir haben nur dies eine kurze Leben –
Ich schwör's und sag's euch g'rade ins Gesicht:
Sie werden es für euren Wahn nicht geben!
Nein, meine Söhne geb' ich nicht –
Nein, meine Söhne geb' ich nicht!

Reinhard Mey – Verfasser dieses Liedtextes – hat mehrere Aufrufe zum Krieg in der Ukraine unterzeichnet, in denen der Krieg der Kreml-Führung unzweideutig verurteilt und zugleich zu einem Stopp von Waffenlieferungen und zu einer Verhandlungslösung aufgerufen wird.

+++ aktiv gegen krieg +++

Ostermärsche – Ein Rückblick

Willi van Ooyen

Diejenigen, die schon seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung aktiv sind, haben in früheren Zeiten viele persönliche Angriffe, Beschimpfungen und Drohungen für ihr Friedensengagement erlebt. Aber seit dem 24. Februar 2022 wurde der Pazifismus so massiv diffamiert wie niemals in den Jahren zuvor. Gleichzeitig werden in den Medien Erinnerungen an die „große“ Friedensbewegung der 80er Jahre wachgerufen. Deshalb eine kurze Replik auf die damalige Lage: Die Friedensbewegung stellte nach den großen Anti-Notstandsaktionen im Jahre 1968 – auch auf Grund von Hoffnungen auf eine andere Politik durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung – die Aktionen zu Ostern ein. Erst mit dem Protest gegen die beabsichtigte Einführung der Neutronenbombe 1979 gab es wieder größere Aktionen. Die Entdeckung der „Raketenlücke“ durch Bundeskanzler Helmut Schmidt 1978 und die drohende Stationierung der Cruise Missiles und Pershing II-Raketen führte 1980 zu neuen ersten Oster-Aktionen. Erst mit dem „Krefelder Appell“ von 1980 und den vielfältigen, dezentralen Friedensforen, die sich bildeten, erreichte die Friedensbewegung eine Struktur, die 1983 über 700.000 Menschen oft zu mehrtägigen Märschen über Ostern zusammenführte. Dies und der gesellschaftliche Einfluss in Kirchen und Gewerkschaften schafften die Voraussetzungen für Strukturen, von denen die Friedensbewegung auch heute noch zehrt. Dank dieser regionalen Verankerung standen die Ostermärsche als eine Aktionsform der Friedensbewegung für die Kontinuität der Friedensarbeit. Dies immer mit unterschiedlich großer Beteiligung. Höhepunkte der Mobilisierung gelangen 1991 gegen den II. Golfkrieg – als noch Sozialdemokraten und Grüne auf die Friedensbühnen drängten, schon eingeschränkt bei den – von Rot-Grün verantworteten Kriegen gegen Jugoslawien 1999 und Afghanistan 2001. Erst beim Irak-Krieg 2003 mit den weltweiten Aktionen am 15. Februar 2003 wurden wieder Millionen bei den Aktionen gezählt. Derzeit erleben wir eine grenzenlose Militarisation nach innen und außen. Im letzten Jahr hat Graf von Lambsdorff uns zu Ostern als „fünfte Kolonne Wladimir Putins“ bezeichnet. Von „Lumpenpazifisten“ und „wohlstandsverwöhnten Angsthasen“ war die Rede. Das trommeln die Leitmedien – mit spärlichen Ausnahmen – seither jeden Tag. Auch die finanzpolitische Anpassung an diesen Politikauftrag mit immer neuen Waffenlieferungen, der Aufstockung des Militärhaushaltes und einem 100-Milliarden Sonderfonds erfolgt im Tagesrhythmus. Die Ostermärsche bleiben auch in diesen kriegerischen Zeiten das Rückgrat einer lebendigen Friedensbewegung. Die regionalen Initiativen mit ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung und ihrer Kreativität müssen gestärkt werden, weil sie für den notwendigen Widerstand gegen Rüstung und Kriege und für eine wirkliche „Zeitenwende“ hin zu Frieden und internationale Solidarität dringend gebraucht werden.

+++ engagiert für den Frieden +++